

**Protokoll des Besuches von Michail Gorbatschow im IFSH**  
**11. März 1992, 11.30 - 12.05 Uhr**

Begrüßung Michail Gorbatschows durch den Direktor des IFSH, Egon Bahr. Einladung, sich an den belegten Brötchen gütlich zu tun.

Bahr:

Wir wollen nicht dasselbe erzählen wie alle anderen und keinen Rummel, wie anderswo, z.B. in Bayern, veranstalten. Man muß schon ein alter Kommunist sein, damit man so von den Konservativen hofiert wird. Einem Sozialdemokraten wäre das nicht passiert. Gleichwohl: Wir teilen die dort geäußerten Gefühle.

Wir wollen die Zeit nutzen, um erstens über die Arbeit des IFSH zu sprechen, und um zweitens einen Vorschlag zu machen.

Wir haben lange Jahre in diesem Institut über Gemeinsame Sicherheit gearbeitet. Gemeinsame Sicherheit war die Aufgabe im Zeitalter der Konfrontation. Die Konfrontation ist vorbei. Und es ist eingetreten, was mein Freund Jurij Arbatov einmal prophezeit hat. Er sagte: Wir werden euch das Schlimmste antun: Wir werden euch den Feind nehmen.

Wir werden unsere Arbeit umstellen. Die Aufgabe heute ist Kollektive Sicherheit, d.h. Sicherheit unter Partnern in Europa. Und ich stelle fest, wir sind auch heute so parallel wie wir es seit vielen Jahren sind.

Im Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ist das Prinzip der Kollektiven Sicherheit niedergelegt. Ich hoffe, daß die Vereinten Nationen dieses Thema heute wieder aufnehmen. Denn was 1945 begonnen wurde, war richtig. Nur ist es durch den Ost-West-Konflikt zerstört worden. Jetzt ist es Zeit, an dem in der Charta niedergelegten Grundgedanken der Kollektiven Sicherheit wieder anzuknüpfen. Die Frage ist: Ist dies in Europa leichter als weltweit?

Gestern abend haben Sie, Herr Gorbatschow, den Gedanken eines europäischen Sicherheitsrats in die Debatte geworfen.

Gorbatschow:

Dieser Gedanke kam mir in letzter Zeit immer häufiger. Die europäischen Institutionen und parlamentarischen Verbindungen müssen auf Stabilität gerichtet sein, auf die Aufgabe der Zusammenarbeit. Es besteht ein Bedarf an politischen Institutionen, die eine europäische Politik auszuarbeiten und zum Ausdruck zu bringen hätten. Meine Sorge gilt seit langem dem Separatismus, dem Nationalismus und territorialen Fragen.

Bahr: Ein europäischer Sicherheitsrat muß noch im einzelnen ausgearbeitet werden. Es darf z.B. kein Veto-Recht geben.

Gorbatschow: Damit bin ich einverstanden.  
Wir wissen aus der Geschichte, wie leicht Angst entsteht. Angst vor dem neuen Rußland oder Angst vor dem neuen Deutschland. Die derzeitige Situation erfordert Instrumente und Analysen, die der Politik Vorgaben machen können. So etwas existiert noch nicht. Wir brauchen Konzepte, und Impulse müssen rechtzeitig aufgenommen werden. Die Fragen von Stabilität und Sicherheit in Europa sind vorrangig.

Bahr: Die Sicherheitsfrage ist nicht nur der Schlüssel zur europäischen Sicherheit. Sie wird auch als "Korsett" zu nutzen sein, damit sich die Republiken der GUS in Richtung Stabilität entwickeln können.  
Ich sehe die Entwicklung in Ihrem Lande nicht unter dem Gesichtspunkt des Separatismus, sondern in ihrem geschichtlichen Ablauf. 70 Jahre lang herrschten dort ein harter Zentralstaat und eine allein regierende Partei. Die Menschen, das Denken, die Erziehung, die Werte, die Gesetze und die Machtstrukturen waren darauf ausgerichtet. Heute gibt es diesen Zentralstaat nicht mehr, und mit ihm sind all diese zentralisierenden Elemente verschwunden. Es ist ein Vakuum entstanden, und die Frage ist: Was wird in dieses Vakuum hineinfließen? Ein wenig Religion, hauptsächlich aber die Idee von der befreiten Nation. Aber die Idee der Nation darf nicht über alles andere gestellt werden. Wir in Deutschland wissen, was dabei herauskommt. Der Erfolg in Deutschland und in Westeuropa beruht auf der Einsicht, daß die Interessen der Nationen am besten in Europa aufgehoben sind. Das lernen zur Zeit sogar die Engländer.

Gorbatschow: Sie erwähnten die Engländer. Aber auch in diesem Zusammenhang muß man sehen, was sich dann ergibt: In Großbritannien beginnen bereits die Schotten, sich ernsthaft separatistische Gedanken zu machen.

Aber zurück zu uns: Rußland ist nicht erfaßbar mit europäischem Maß herkömmlicher Art. Wir erleben heute die Reaktion auf die zurückliegenden Jahrzehnte der Superzentralisation und des Totalitarismus. Jetzt müssen die Aufgaben der vorangegangenen

Epoche gelöst werden. Die Oktoberrevolution hat zunächst viele wichtige Impulse gegeben, aber der Stalinismus hat dann alle positiven Prozesse auf dem Weg zu Einheit und Eintracht unterdrückt.

Jetzt, unter den Bedingungen von Demokratie und Glasnost, können wir an diese Prozesse wieder anknüpfen. Gleichwohl haben 70 Jahre Leben unter stalinistischer Ordnung Spuren hinterlassen. Es gibt neue Realitäten. Zum Beispiel wurden aufgrund des Föderalismus, der in Wirklichkeit keiner war, Menschen ungeachtet nationaler Grenzen umgesiedelt. 75 Mio Bürger der ehemaligen Sowjetunion leben außerhalb der Grenzen derjenigen Nationen, denen sie von ihrer Herkunft her angehören. Verteidigung, Energiewirtschaft, Wissenschaft, technische Zusammenarbeit - alles wurde vereinheitlicht, alles war auf eine Zentrale bezogen. 90% der Akademie der Wissenschaften waren in Rußland angesiedelt, aber sie haben für die ganze Union gearbeitet. Das ganze System war sehr kompliziert. Aber es sind gleichwohl neue Realitäten geschaffen worden, auch wenn alles zu zentral geregelt war. Man kann die Politik jetzt nicht so verfälschen, als wäre in den 70 Jahren nicht geschehen, als gäbe es keine Gemeinsamkeiten. Aus diesem Grunde darf man das Land nicht teilen. Geteilt werden müssen die Kompetenzen.

Bahr: Das ist richtig, aber es hat nicht funktioniert. Nun muß ein möglichst kurzer Umweg gefunden werden. Für uns ist die Frage: Was können wir von außen beitragen?

Gorbatschow: Der Westen sollte sich nicht nur die bequemen Partner herausgreifen und die anderen Republiken aus der GUS vergessen.

Bahr: Solche Stimmen hört man sogar im Auswärtigen Amt. Mit Herrn Genscher kann man darüber reden.

Von außen gesehen ist jede der neuen Republiken souverän. Wir können ihnen sagen: Als souveräne Republiken könnt ihr euch gegenseitig an die Kehle gehen. Das ist eure Angelegenheit, und wir können euch nicht daran hindern. Aber wenn ihr nach Europa blickt, wenn ihr Hilfe wollt, dann müßt ihr euch auch nach europäischen Kriterien ausrichten. Und da sehe ich zwei Pfeiler: 1. Es darf keine Veränderung der staatlichen Grenzen mit Gewalt geben. 2. Die Menschen- und Minderheitenrechte sind zu respektieren. Wenn ihr

euch nach diesen beiden Prinzipien richtet, dann macht Europa die Arme auf. Wenn nicht, schließt ihr euch selber aus.  
Auf diese Weise kann man von außen helfen.

Gorbatschow:

Sie haben recht. Ich möchte hierzu etwas ergänzen: Die Position Westeuropas muß darin bestehen, daß das westliche Europa interessiert sein muß an Stabilität, Sicherheit und Fortschritt in der GUS, an einem einheitlichen Wirtschaftsraum, an einer einheitlichen stabilen Währung, schon im Hinblick auf Kredite, kurz, insgesamt interessiert sein muß an Stabilität auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR. Alles muß ausgerichtet sein auf Stabilität in diesem gewaltigen Raum.

Die Frage der Nuklearwaffen muß präzise gelöst werden, die Abrüstungsverträge müssen genau implementiert werden. Natürlich ist alles wichtig, natürlich auch die Unverletzlichkeit der Grenzen und der Einhaltung der Menschen- und der Minderheitenrechte - dies ist alles wichtig. Gleichwohl: Der Prozeß des Gemeinschaftsaufbaus, ihres Zusammenwachsens, ihr Funktionieren, all dies muß im Interesse ganz Europas und der ganzen Welt liegen. Sonst kann die ganze Welt in die Luft gejagt werden.

Erforderlich ist darüber hinaus die Errichtung gemeinsamer Institutionen. Dies ist ein ernstes Gespräch. Es ist notwendig, die Prozesse durch Abstimmung und Koordinierung politisch zu lenken. Es wäre ein Fehler, wenn vor dem Hintergrund der sowjetischen und der jugoslawischen Ereignisse und Prozesse jetzt der Aufbau gemeinsamer Institutionen gebremst würde.

Sind Sie damit einverstanden, Herr Bahr?

Bahr:

Ja. Ich bin völlig einverstanden mit dem, was Sie sagen. Derzeit werden vor allem zwei Fragen diskutiert: Erstens die Frage der Atomwaffen, und zweitens die Gefahr des Exports von nuklearem Wissen. Wir erleben eine teils komische, teils schreckliche Debatte über den Vorgang, daß sich auf der Grundlage des Wissens, das in der sowjetischen Wissenschaft vorhanden ist und in der Welt nachgefragt wird, das Problem der weltweiten Proliferation von Atomwaffen extrem verschärft hat. Die Antworten auf diese Problemlage sind bisher unzureichend. Eine Antwort ist technischer Natur: Sie heißt SDI. Falls die Vereinigten Staaten so verrückt sein sollten, SDI zu

bauen: Bitte, sollen sie ihr Geld dafür ausgeben. Ich hoffe nur, daß sich Deutschland hieran nicht beteiligt.

Gorbatschow: Ich war auch überrascht über Jelzins Zustimmung, und ich habe dies auch öffentlich kritisiert. SDI wäre die Fortsetzung des Wettrüstens in anderen Bereichen. Die Folge kann nur Instabilität sein. Diese Antwort wäre eine große Dummheit.

Bahr: Die zweite Antwort ist ein Sozialwerk. Es besteht darin, Wissenschaftler dafür zu bezahlen, daß sie ihr Wissen für sich behalten. Die Idee ist verrückt. Wem soll ich Geld geben? Was zahle ich? 800 Dollar? 8000 Dollar?

Ein politischer Ansatz und mein Vorschlag zur Lösung des Proliferationsproblems wäre der folgende: Wenn die fünf jetzigen Atomkräfte ihre Arsenale auf 1% des bisherigen Bestandes reduzieren würden, besäßen sie nach einer solchen Reduktion immer noch ein Mittel in der Hinterhand als Versicherung gegen Verrückte. Darüber hinaus müßte eine Garantie des Nichteinsatzes von Atomwaffen gegen Nicht-Atomkräfte gegeben sowie jedem entgegengetreten werden, der sich Atomwaffen zulegen will. Gemeinsame Kontrollinstrumente müßten geschaffen werden. Mit einer solchen Situation könnte man eine Zeitlang leben. Es entfielen dann das Interesse von Staaten daran, Atomkräfte zu werden.

Ich möchte die Frage an Sie richten: Können Ihr und unser Institut dazu einen gemeinsamen Vorschlag entwickeln und formulieren?

Gorbatschow: Ja. Dies ist möglich. Wir besitzen hierzu sogar schon ein Referat. Das Sicherheitsproblem im neuen Europa, unter neuen Bedingungen, ist ein sehr großes und wichtiges Projekt.

Bahr: Ich möchte etwas weiteres anbieten: Bei allen Unterschiedlichkeiten in der Größenordnung bei Ihnen und uns: Wir sollten im Zusammenhang mit dem Thema der Kollektiven Sicherheit einen Wissenschaftlertausch vornehmen. Wadim gibt mir dann die Telefonnummer, Faxnummer und genaue Adresse Ihres Instituts. Schließlich erbitte ich noch einen persönlichen Rat von Ihnen. Aber das machen wir dann unter vier Augen auf dem Weg in die Hamburger Innenstadt.

Protokoll: Margret Johannsen